

Gesundheitsnetze fordern Stärkung der regionalen Versorgung

Berlin. Die Ausdehnung regionaler medizinischer Vollversorgungsnetze auf ganz Deutschland könnte die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig senken und gleichzeitig die Qualität der Behandlung steigern. Davon sind die Vertreter mehrerer erfolgreicher regionaler Gesundheitsunternehmen überzeugt. Ende Juni in Berlin stellten sie Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler ihre Konzepte und die positiven medizinischen und wirtschaftlichen Ergebnisse der vergangenen Jahre mit Einsparungen im zweistelligen Prozentbereich vor. Zu der Initiative gehören das Unternehmen Gesundheit

Oberpfalz Mitte (UGOM), Gesundes Kinzigtal, das Gesundheitsnetz Qualität und Effizienz (QuE), MainArzt sowie solimed – Unternehmen Gesundheit.

Modelle auf andere Regionen übertragen

Ihr Ziel ist es, ihre Modelle der regionalen Vollversorgung, bei der Haus- und Fachärzte gemeinsam eine Versorgungsverantwortung für die regionale Bevölkerung übernehmen, in weiteren Regionen Deutschlands aufzubauen. Der Minister sagte zu, die integrierten regionalen Konzepte näher zu prüfen und die Netze vor Ort zu besuchen.

Er kündigte an, den künftigen Dialog zwischen Krankenkassen und Versorgungsnetzen zu fördern. Von der Politik fordern die regionalen Gesundheitsunternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen für regionale Selektivverträge und eine Änderung der Hausarztverträge sowie mehr Anreize für Krankenkassen zum Vertragsschluss mit regional vernetzten Gesundheitsanbietern. Sie verweisen auf die Entscheidung des Schweizer Nationalrats, der die Integrierte Versorgung in Netzen zur Regel machen will. So sollen die Krankenkassen verpflichtet werden, in jeder Region mindestens ein Versorgungsmodell anzubieten.

Neuer Sachverständigenrat ernannt

Berlin. Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler hat den neuen Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen ernannt und den Mitgliedern ihre Berufungsurkunden überreicht. Ausgeschieden sind Prof. Dr. Adelheid Kuhlmei, Prof. Dr. Gerd Glaeske sowie Prof. Dr. Rolf Rosenbrock. Neu in den Sachverständigenrat berufen wurden Prof. Dr. Wolfgang Greiner, Prof. Dr. Doris Schaeffer und Prof. Dr. Gregor Thüsing. Den Vorsitz

wählte der Sachverständigenrat in seiner heutigen konstituierenden Sitzung. Dabei sind Prof. Dr. Eberhard Wille zum Vorsitzenden und Prof. Dr. Matthias Schrappe zum stellvertretenden Vorsitzenden für zwei Jahre gewählt worden. Der neue Sachverständigenrat ist bis zum 14. Juli 2014 berufen.

Informationen über die Mitglieder und die Tätigkeit des Sachverständigenrates sowie die Gutachten des Rates finden Sie unter: www.svr-gesundheit.de

Mindestlohn für die Pflege beschlossen

Berlin. Das Bundeskabinett hat die Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche – besser bekannt als Mindestlohn-Verordnung – beschlossen. Sie soll zum 1. August 2010 in Kraft treten. Darüber informiert der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa). Demnach gilt für Hilfskräfte, die überwiegend in der Grundpflege eingesetzt werden, ab 1. August 2010 eine Lohnuntergrenze von 7,50 Euro in den neuen und 8,50 Euro in

den alten Bundesländern. Ab 1. Januar 2012 erhöht sich diese jeweils um 0,25 Euro und ab 1. Juli 2013 noch einmal um jeweils 0,25 Euro. Dieser Mindestlohn gilt auch für Leiharbeitskräfte in der Pflegebranche. Hauswirtschaftskräfte, Auszubildende bzw. Praktikanten sowie speziell ausgebildete Betreuer für Demenzkranke (z.B. Alltagsbetreuer) sind von der Regelung ausgenommen. Diese gilt erst einmal bis Ende 2014. Danach soll ihre Wirkung überprüft werden.

KU Fachwissen.
GESUNDHEITSMANAGEMENT

Der direkte Draht zur Redaktion

Daniela Schütte

Telefon: 09221 / 949-310
d.schuette@mg-oberfranken.de

Marina Reif

Telefon: 09221 / 949-224
m.reif@mg-oberfranken.de

Diana Seyfried

Telefon: 09221 / 949-421
d.seyfried@mg-oberfranken.de



MEDIENGRUPPE
OBERFRANKEN

Mediengruppe Oberfranken –
Buch- und Fachverlage
GmbH & Co. KG
E.-C.-Baumann-Str. 5
95326 Kulmbach